

Vorstöß in schwere Gewässer

SEEN Morgen Antrag von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg im Bundesrat

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stellen morgen im Bundesrat einen gemeinsamen Antrag gegen die Privatisierung von Seen. Schließen sich weitere Bundesländer an, könnte die jetzige Gesetzgebung gekippt werden. Schon seit Jahren kämpfen der Verein Pro Mellensee und die Gemeinde Am Mellensee gegen den Verkauf von Gewässern.

Von Gudrun Schneck

MELLEENSEE | Der Mellensee, der Große Zeschsee, der Kleine Zeschsee, der Wünsdorfer See, der Motzener See und viele andere ostdeutsche Gewässer stehen zum Verkauf. Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) veräußert einst volkseigene Gewässer im Auftrage des Bundes. Doch der Widerstand wächst. Vor der Bundestagswahl hatten Kandidaten von Bündnis 90/Die Grünen, SPD und CDU bei einer Podiumsdiskussion im April in Mellensee versprochen, sich für den Stopp der Seenprivatisierung einzusetzen. Mehrere Monate verzichtete die BVVG tatsächlich auf Gewässer-Ausschreibungen. Am Montag verkündete der Bund, dieses

Moratorium bis auf Weiteres zu verlängern.

Doch das ist nur ein Aufschub. Was tun die Politiker jetzt nach der Wahl, um das Problem zu lösen?

Bundestagsmitglied Cornelia Behm (Bündnis 90/Die Grünen) hat die konkretesten Ansätze: „Wir basteln an einem Gesetzentwurf. Die Gewässer sollen in Bundeshand bleiben. Wir sind dagegen, sie an die Länder zu übertragen, um einen Weiterverkauf zu verhindern. Wir haben schlechte Erfahrungen mit Boden- und Waldverkäufen der Länder gemacht. Leider werden Oppositions-Anträge oft reflexhaft abgelehnt.“

CDU-Bundestagsabgeordnete Katherina Reiche: „Ich unterstütze die Bundesratsinitiative gegen die Seenprivatisierung. Bei der Schaffung klarer Eigentumsverhältnisse müssen die Kommunen als erste begünstigt werden.“ Die SPD solle jetzt nicht so tun, als ob sie die Problematik entdeckt habe. „Die gab's schon, als die SPD noch in der Regierungsverantwortung war“, sagt sie. Per Pressemitteilung hatte SPD-Landtagsabgeordneter Christoph Schulze die CDU-Politikerin angesichts ihres Aufstiegs zur Staatssekretärin im Bundesumweltministe-

„Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, bundeseigene Gewässer ... unentgeltlich in das Eigentum der Länder zu überführen“

Aus dem Antrag des Bundesrates

rium aufgefordert: „Frau Reiche, bitte handeln Sie!“ Bundestagsabgeordneter Peter Danckert (SPD) hat bei BVVG-Geschäftsführer Wolfgang Horstmann eine praktische Lösung für den Mellensee erwirkt. Demnach dürfen die Gemeinde Am Mellensee und die privaten Seeanrainer bei der BVVG Eintragungen der Grunddienstbarkeit für Badestellen und Stege beantragen. „Damit kann die Gemeinde ihre touristische Entwicklung vorantreiben, unabhängig davon, wer einmal See-Eigentümer wird. Auch die Privaten sollten dieses Angebot der BVVG rasch nutzen“, so Danckert. Voraussetzung ist, dass die Steganlagen von der

Seenprivatisierung

- **Im Einigungsvertrag** BRD-DDR vom August 1990 wurden alle Seen mit Fischereipachtverträgen zum Finanzvermögen des Bundes erklärt.
- **Die BVVG** (Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH) privatisierte im Auftrag des Bundes bisher 15 000 Hektar ehemalige volkseigene Gewässer und erzielte 15 Millionen Euro.
- **Weitere 15 000 Hektar** Wasserflächen könnten noch

privatisiert werden. Der größte Teil dieser Seen (9000 Hektar) liegt im Land Brandenburg.

■ **Auf Initiative von Carsten Preuß** aus Zossen, Vorstandmitglied im BUND Brandenburg, lief im Juni und Juli 2009 eine Online-Petition gegen den Verkauf von Seen auf der Internetseite des Deutschen Bundestages. Beim Petitionsausschuss des Bundestages wurden bisher etwa 84 000 Unterschriften eingereicht. gs

Unteren Wasserbehörde genehmigt sind. Was die generelle Frage der Seenprivatisierung angeht, kann sich Danckert nicht vorstellen, dass auf Bundesebene keine vernünftige Regelung gefunden wird: „Was der Bund durch die Privatisierung einnimmt, sind eigentlich Peanuts.“

Von der FDP war bislang zu diesem Thema wenig zu hören. Da sie jetzt zur neuen Regierungskoalition gehört, ist ihre Position wichtig geworden. FDP-Bundestagsabgeordneter Heinz-Peter Haustein sagte der MAZ: „Unsere Fraktion ist für Privatisierung, aber nicht um jeden Preis, sondern mit Einzelfallprüfung und genauen Vorgaben für den Erwerber. Die Ausschreibungspraxis der BVVG muss so geändert werden, dass der private Eigentümer nicht wilde Sau spielen kann wie zum Beispiel am Wandlitzsee.“